



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > [Pressemitteilungen](#)

Pressemitteilungen

Bayerischer Schulterschluss mit Österreich auf Agrarebene

22. Januar 2026

(22. Januar 2026) München, Wien – Bayern und Österreich stärken ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Sicherung eines nachhaltigen alpinen ländlichen Raums. Insbesondere die Absicherung einer zukunftsfähigen Land- und Forstwirtschaft ist dabei von zentraler Bedeutung. Eine entsprechende Absichtserklärung haben Bayerns Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus, Michaela Kaniber und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, Norbert Totschnig, bei einem Treffen auf der „Grünen Woche“ in Berlin unterzeichnet.

Dazu Staatsministerin Michaela Kaniber: „Die Absichtserklärung ist ein wichtiger Schritt, um die besonderen Gegebenheiten unserer beiden Länder stärker in europäische Entscheidungen einzubringen. Bayern und Österreich haben eine kleinstrukturierte, familiengeführte Landwirtschaft, die genau das liefert, was sich viele Verbraucher wünschen: verantwortungsvoll, nachhaltig und regional verankert. Damit diese Betriebe im Wettbewerb bestehen und gleichzeitig Umwelt- und Klimaschutz gerecht werden können, brauchen sie klare Rahmenbedingungen. Für den gemeinsamen Einsatz und die verlässliche Partnerschaft danke ich Bundesminister Totschnig ausdrücklich.“

Österreichs Bundesminister Norbert Totschnig betont zusätzlich: „Österreich steht für eine vergleichsweise kleinstrukturierte Landwirtschaft mit einer einzigartigen Kulturlandschaft. Um diese zu erhalten, sind starke Verbündete besonders wichtig. Auch Bayern ist von bäuerlichen Familienbetrieben geprägt, weshalb wir unsere gute Zusammenarbeit künftig weiter verstärken. Die unterzeichnete Absichtserklärung schafft den Rahmen, um die gemeinsamen Ziele für einen resilienteren und zukunftsfähigen Alpenraum umzusetzen.“

Ebenfalls unterschrieben wurde diese Erklärung von Tirols Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler. Das Bundesland Tirol hat aktuell den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz inne.

Josef Geisler erklärt: „Damit setzen wir uns klar für ein grenzüberschreitendes und abgestimmtes Vorgehen in der EU-Politik ein. In den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz und Klima stehen wir vor ähnlichen Problemstellungen – ihnen gemeinsam zu begegnen, ist entscheidend, um die alpinen Gegebenheiten praxisnah zu berücksichtigen.“

Mit der Erklärung verbunden ist der kontinuierliche Austausch zwischen den Fachleuten der vertretenen Institutionen. Im Fokus der informellen Kooperation stehen das Monitoring und die Datenbestände sowie Methodenfragen und mögliche Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Naturschutz- und Klimapolitik der EU. Das betrifft etwa die Bewertung des Erhaltungszustandes von Lebensräumen (Stichwort EU-Renaturierungsverordnung) sowie ökonomische, ökologische und soziale Auswirkungen. Diese Grundlagen sollen in weitere politische Entscheidungsprozesse einfließen, damit die spezifischen Gegebenheiten und Herausforderungen der alpinen Regionen auch auf europäischer und globaler Ebene angemessen berücksichtigt werden.

